

Zum gesellschaftlichen Umgang mit Corona

Redaktion Corona-Monitor (Hrsg.) (2021): Corona und Gesellschaft. Soziale Kämpfe in der Pandemie

Wien/Berlin: Verlag Mandelbaum, ISBN 978-3-85-476-911-8, 280 Seiten, 18,00 Euro



Die Herausgebergruppe Corona-Monitor besteht aus einer Gruppierung von Sozialwissenschaftler_innen, die sich während der Corona-Pandemie zu einem Diskurs im Rahmen eines Blogs (vgl. <https://www.hsfk.de/forschung/projekte/projekt/corona-monitor>) zusammengefunden hatten und die gesellschaftliche Reaktion

auf die Corona-Krise kritisch innerhalb eines Monitoring-Prozesses begleiteten. Mitarbeiter_innen dieses sozialwissenschaftlichen Kommunikations- und Beobachtungsprozesses in Krisenzeiten sind auch maßgeblich die Autoren_innen der einzelnen Kapitel.

In dem Sammelband sind 16 Beiträge veröffentlicht, die hier aus Platzgründen nicht alle referiert werden können. Neben der Einleitung sollen daher nur der für die Einführung besonders bedeutsame Beitrag vom Mitinitiator und wissenschaftlichen Mitarbeiter am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main Daniel Mullis sowie ein weiterer Aufsatz der Bonner Kulturgeographin Elisabeth Kirndörfer in Ansätzen skizziert werden, bevor eine Gesamteinschätzung des Herausgeberbandes vorgenommen wird.

Louisa Bäckermann, Peter Birke, Daniel Keil und Darius Reinhardt stellen im Rahmen ihrer Einleitung den Aspekt der Solidarität als analytische Kategorie in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Der Begriff der Solidarität könne eine „herrschaftsstabilisierende oder -herausfordernde Bedeutung“ (S. 9) annehmen. Solidarität könnte exklusiv oder inklusiv propagiert wahrgenommen werden. So gebe es neben vereinzelt Formen inklusiver Solidarität, wie der Nachbarschaftshilfe, in der Corona-Krise vor allem Formen exklusiver Solidarität – so die Autoren: „Der Anspruch des ‚stay at home‘ reproduzierte insofern die soziale Teilung der Gesellschaft, der Hierarchie nach Klasse, Geschlecht, Staatsbürgerschaft etc.“ (S. 12) Obdachlose hätten natürlich kein zu Hause, wo sie bleiben könnten. Sie wären den Gewaltverhältnissen in Lagerunterkünften mit Mehrbettzimmern ausgesetzt. Menschen, die auf einer Baustelle oder in der 24-Stunden-Pflege arbeiteten, würden durch diese Solidarität nur wenig geschützt. Das Zu-Hause-Bleiben treffe die Menschen auch in seinen Auswirkungen unterschiedlich. Wer in einer Villa

mit großem Garten lebe, den treffe die Problematik milder als denjenigen, die aufgrund des deregulierten Immobiliensektors mit sehr vielen Personen beengt in einer kleinen Stadtwohnung leben müssten.

Abweichungen von den aufgestellten Corona-Regeln würden mit Stigmatisierung bis hin zum Rufen der Polizei geahndet. Pöbeleien, Bespitzelung und Denunziantentum seien negative soziale Erscheinungen im Gefolge der Pandemie. Menschen in beengten Wohnverhältnissen seien verstärkt von den Infektionen betroffen. Häusliche Gewalt steige quer durch unterschiedliche Gesellschaftsschichten durch die lebensweltlichen Beschränkungen. Menschen aus sozialen Brennpunkten würden insbesondere für die Intensivierung der Pandemie verantwortlich gemacht. Pflegepersonal werde beklatscht, aber seine Arbeitsbedingungen und seine Entlohnung würden sich kaum verändern. Die Reaktion auf die Krise spiegele die auch vorher herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, verkleistert mit einem Verständnis exklusiver Solidarität: Bleibt zu Hause, haltet Distanz, trefft euch nicht, lasst euch impfen. In diesem Sinne habe der Solidaritätsbegriff im exklusiven Sinne eine doppelte Bedeutung – einerseits solidarisch zu sein, indem man sich von Kontakten ausschließe, andererseits dies nicht für alle so zu ermöglichen, dass sie von Gefährdungen durch das Virus und negativen sozialen Begleiterscheinungen ausgenommen sind.

Die Verfasser der verschiedenen Beiträge reflektieren im weiteren Verlauf vor allem über fünf Aspekte:

1. Zum Aspekt bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit im Zusammenhang mit Corona;
2. Zur Frage stadträumlicher Segregation im Kontext mit der Corona-Krise;
3. Zu Fragen der Nachbarschaftshilfe bzw. der solidarischen Unterstützung für durch Corona isolierte Menschen(-gruppen);
4. Zur Problematik der Stärkung autoritärer und rassistischer Tendenzen in Corona-Zeiten und zu Ansätzen einer emanzipatorischen Politik, die hiergegen gerichtet sind;
5. Zur Reaktion des Staates in Bezug auf Proteste und Gegenbewegungen unterschiedlicher Art in Pandemiezeiten.

Der zweite hier anzusprechende Beitrag von Daniel Mullis fasst die Einschätzungen des Corona-Monitors im Frühjahr 2020 zur gesellschaftlichen Transformation von Corona zusammen und bezieht sie abschließend auf die Situation im Sommer 2021.

1. Während zum einen im Zuge der Corona-Pandemie Grundrechtseinschränkungen im Zuge staatlich autoritärer Maßnahmen vorgenommen würden, „beschleunigte die politische Bearbeitung der Pandemie die Polarisierung der Gesellschaft entlang bestehen-

der Ungleichheiten und Tendenzen.“ (S. 32) Nach intransparenten und undemokratischen Verfahren ausgewählte Experten verstärkten autoritative staatliche Tendenzen zugunsten einer sich ermächtigenden Exekutive, die sich dieser Experten bediente.

2. Insbesondere prekarierte Arbeitskräfte würden ihre Arbeit verlieren. Wohnungslose, Altenheimbewohner oder Geflüchtete wären besonders von der Pandemie betroffen.
3. Im privaten Bereich würden Frauen besonders belastet. Kinderbetreuung, Haushalt und Hausaufgabenhilfe blieben – neben beruflichen Anforderungen – insbesondere an ihnen hängen. Ansonsten würde die Corona-Situation zu einer Vereinzelung weiter Bevölkerungsschichten führen.
4. Egoistisches und konkurrenzorientiertes Handeln würde zunehmen – neben einigen durchaus vorhandenen Solidaritätsinitiativen.
5. Die Ökonomie würde durch den Umgang mit der Pandemie tiefgreifenden Schaden nehmen, der sich auch weltweit, z.B. durch die Unterbrechung der Lieferketten, zukünftig auswirken werde.

Die Bilanz ein Jahr später fällt nicht besser aus – so Mullis zusammenfassend:

„Abschließend, so scheint mir, hat die eher pessimistische Einschätzung von April 2020 auch im Sommer 2021 nicht an Gültigkeit verloren. Gerade die Sorge vor der anhaltenden Vereinzelung und der Verlust von kollektiven Bezugspunkten ist weiterhin mehr als berechtigt. Die soziale Schere ist größer geworden und die Ungleichheit entlang von *class, race und gender* gewachsen. Auch die Gefahr einer anhaltenden Wirtschaftskrise ist alles andere als gebannt.“ (S. 46)

Die weiteren Beiträge des Herausgeberbandes beziehen sich u. a. auf die Veränderung der Arbeit, Corona und die sozialökologische Transformation, auf Rechtstendenzen, Corona-Proteste, polizeiliche Reaktionen und Ansätze solidarischer Initiativen in pandemischen Zeiten.

Unter diesen Beiträgen soll noch auf einen Aufsatz hingewiesen werden, der sich mit der Situation von

Geflüchteten im städtischen Raum beschäftigt. Treffe die Unterbrechung sozialer Kontakte bereits Einheimische erheblich in ihrem Lebensgefühl und ihrer Lebenssituation, so treffe dies für geflüchtete Menschen insbesondere zu. In der Stadt ankommende Menschen im Kontext von Flucht und Migration würden in Corona-Zeiten kaum die Chance haben, sich sozial zu beteiligen und zu vernetzen – so Elisabeth Kirndörfer in ihrem Aufsatz:

„Nur einem kleinen Teil einer sehr großen Gruppe gelingt dies. Nahezu ‚auf sich allein gestellt‘, so der soziale Betreuer in einer Unterkunft für Geflüchtete und Asylsuchende, sind vor allem jene Menschen, die in abseits der Stadtzentren gelegenen Gemeinschaftsunterkünften – oder – ein noch starrer Zustand – in Erstaufnahmeeinrichtungen leben. Sie leiden ganz besonders unter den Beschränkungen, denn Beratungen sind eingestellt, Gemeinschaftsräume geschlossen, Kinder- und Betreuungsangebote, aber auch Aktivitäten wie Sport, Nähcafés oder Fahrradwerkstätten sind ausgesetzt. Ehrenamtliche Unterstützungen, wie z. B. Patenschaften wurden ganz ‚auf Eis gelegt‘ – es gibt kaum Kontakt zu Bewohner*innen.“ (S. 96 f.)

Dieser „Krise in der Krise“ würden vereinzelt solidarische Menschen über regelmäßige Telefonanrufe und Nachbarschaftszentren und kulturelle Einrichtungen mit ‚Gabenzäunen‘ für Bedürftige zumindest etwas entgegenzusetzen versuchen (S. 104).

Fazit: Insgesamt ist ein politikwissenschaftlich anschlussfähiger Sammelband über die gesellschaftswissenschaftliche Analyse und die Perspektivenbildung während der Corona-Krise entstanden. So können einzelne Aufsätze des Bandes auch in der politischen Bildung im Zuge der Behandlung gesellschaftlicher Umgangsweisen und Auswirkungen hinsichtlich der Corona-Pandemie verwendet werden. Dem Buch ist eine gute Verbreitung und eine Berücksichtigung in der gemeinsamen Diskussion über die gesellschaftlichen Auswirkungen staatlichen und gesellschaftlichen Handelns – nicht nur in der Pandemie – zu wünschen.

Klaus Moegling, Immenhausen